

Zeitschrift: Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 5 (2004)

Rubrik: Politische Parteien = Partis politiques

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Parteien

Partis politiques

DIE FAMILIE BRAUCHT EINEN NEUEN STELLENWERT IN DER POLITIK: JETZT!

Reto Nause

Die Schweiz bewegt sich sukzessiv in Richtung einer Vier-Generationen-Gesellschaft: Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat sich nicht nur die durchschnittliche Lebenserwartung verändert, sondern auch die Familienstruktur und die Qualität innerhalb der Familiengemeinschaft. Heute rücken die Demographen in unseren Breitengraden die steigende Lebenserwartung und das rapide Absinken der Fruchtbarkeit ins Zentrum: Dieses beträgt in der Schweiz rund 1,5 Kinder pro Frau. Die natürliche Erneuerung der Generationen ist damit nicht mehr gewährleistet.

Politik diskutiert vor allem Auswirkungen – nicht Ursachen

Jede Generation leistet heute einen konstruktiven Beitrag an unsere Gesellschaft. Dialog, Vertrauen und Respekt sind die Schlüsselwörter. Dreh- und Angelpunkt im Generationendialog ist nicht nur die «richtige» Familienpolitik; einige Parteien gehen nach wie vor von der Annahme aus, dass es an sich gar keine Familienpolitik brauche, weil das Sache der Privaten und nicht des Staates sei. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage des Staatshaushalts wird die familienpolitische Diskussion heute aber verdrängt: Beispielsweise durch die Frage der Finanzierbarkeit unserer Sozialwerke. Medienwirksam wird in der Politik deshalb vorab über Auswirkungen und nicht über Ursachen diskutiert. Ein profunder Generationendialog muss von Fakten ausgehen.

Zahlen und Fakten zur Familie

Heute leben 46% der Menschen in der Schweiz in einer Familie. Es werden immer weniger. 30% der Paare bleiben kinderlos. Auch diese Tendenz steigt. Ein Drittel der Menschen sind allein stehend. Die Scheidungsrate liegt im Durchschnitt über 40%. Seit Anfang der 70-er Jahre hat diese Zahl ständig zugenommen. Nach wie vor ist die Zahl der Eheschliessungen rückläufig.

Der Lebensstandard sinkt mit jedem (zusätzlichen) Kind. Jüngere Studien beziffern die Kosten für ein erstes Kind auf durchschnittlich 1500 Franken pro

Monat. Mittelständische Familien haben in den vergangenen zehn Jahren rund 10% ihrer Kaufkraft eingebüsst (Krankenkassenprämien, Gebühren). Eine Mehrheit der Mütter ist heute berufstätig. Nur 23% aller Mütter mit Kindern unter zehn Jahren sind nicht (auch nicht teilweise) erwerbstätig. Es gibt eine Kinderkrippe auf rund 600 Kinder. Heute benützen rund 16% der Haushalte das Angebot von Kinderkrippen, Tageskindergärten oder Tagesschulen. 15% geben ihre Kinder einer Tagesmutter oder in eine Pflegefamilie. Bei jedem zehnten Kind springen Bekannte oder Nachbarn ein. Daneben greifen die Familien auf vielfältige weitere Betreuungsformen wie externer Mittagstisch, Nachschulbetreuung, Engagement einer Kinderfrau und vor allem auch auf Verwandte zurück. Trotz allem: Es ist für die Schweiz eine Tatsache, dass 40% aller Kinder bis fünfzehn Jahre (vor allem Schulkinder) während der Erwerbstätigkeit der Eltern unbetreut bleiben.

Eltern von mehr als 250'000 Kindern erhalten keine Familienzulagen. In der Schweiz erlebt rund jedes zehnte Kind, dass seine Eltern von der Sozialhilfe unterstützt werden. Den Familien in unserem Land kommen jedes Jahr rund 7,3 Milliarden Franken in Form von Kinderzulagen, Steuerabzügen oder Bedarfsleistungen zu Gute. Auf der anderen Seite wird der gesamtwirtschaftliche Wert der unbezahlten Familienleistungen auf rund 35% des Bruttoinlandproduktes geschätzt. Dies entspricht einem jährlichen Volumen von bis zu 150 Milliarden Franken. Die Transferzahlungen machen im Verhältnis dazu gerade mal 5% aus. Anders formuliert: Jede Unterstützungsmassnahme für die Familien bedeutet eine klare Investition in die Zukunft!

Warum wird nicht mehr getan?

Man mag sich fragen, warum unter diesen Vorzeichen für die Familien nicht mehr getan wird, um die aufgezeigten Trends zu brechen. Die Antworten sind hier nicht immer leicht und finden vorab in den Familienbildern der Parteien ihre Ursache.

Analysiert man das FDP-Familienprogramm, so stellt man fest, dass es sich primär um ein Gleichstellungsprogramm zugunsten der Frauen handelt und nicht um ein familienpolitisches Programm. Es gibt eine ganz klare Betonung zugunsten der beruflichen Eingliederung der Frauen in die Erwerbswelt. Die Bedürfnisse der Familie sind dabei den Bedürfnissen der Wirtschaft untergeordnet. Die Rolle des Staats in dieser Konzeption ist primär das Ermöglichen der Erwerbsarbeit.

Auch für die SP ist die Erwerbsintegration der Mütter vorrangig. Im Zentrum der Konzeption steht die Frau. Auffallend ist, dass die Annäherung an die Familie auf einem individualistischen Ansatz beruht. Das Selbstbestimmungsrecht und die Autonomie der Erwachsenen stehen im Vordergrund. Für die SP existiert die Familie als eine Art «Wohngemeinschaft einander gleich gestellter Personen». Ihre Familienpolitik richtet sich stark auf die Bedürfnisse Alleinerziehender aus.

Die Familienpolitik der SVP stellt die elterliche Verantwortung ins Zentrum: Implizit wird eine Kritik geäussert, wonach die Eltern ihre Erziehungsverantwortung nicht mehr genügend wahrnehmen und sie an den Staat übertragen. Im Vordergrund stehen steuerliche Entlastungen für Familien. Die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie lehnt die SVP ab.

Die CVP stellt die Leistungen, welche Familien für sich selbst und für die gesamte Gesellschaft erbringen, in den Vordergrund. Damit Familien ihre Leistungen erbringen können, sind staatliche Rahmenbedingungen notwendig: Sie werden in der Folge skizziert.

Was ist zu tun?

Der Generationendialog wird dann fruchtbar sein, wenn die Familienpolitik im Vordergrund steht und sich an den Leistungen und Bedürfnissen aller orientiert: Der Kinder, der Eltern und der Grosseltern.

An erster Stelle braucht es die Anerkennung des Staates für die Erziehungs- und Betreuungsleistungen der Familien. Diese darf nicht nur verbal sein, sondern muss sich auch finanziell auswirken. Erstens bedeutet dies Steuerermässigungen (Kinderabzüge, Ausbildungsabzüge, etc.). Steuerabzüge für die Betreuung von pflegebedürftigen Personen im eigenen Haushalt sind ein wichtiges Element. Zweitens müssen erwerbstätige Familien mit tiefen Einkommen in den Genuss von Ergänzungsleistungen kommen: Diese bekämpfen gezielt die Familienarmut, sichern bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit der Kinder ein minimales Einkommen und Familien mit Kleinkindern ein genügendes Einkommen. Nur dann haben die Mutter oder der Vater mehr Zeit für das Kind. Drittens sind die Familienzulagen zu harmonisieren und mit Mindeststandards zu versehen: Das bedeutet eine Kinderzulage für Kinder bis sechzehn Jahre von monatlich mindestens 200 Franken und von 250 Franken für Jugendliche in Ausbildung.

Unterstützung für die Eltern

Nach wie vor werden verheiratete Eltern im schweizerischen Steuersystem diskriminiert. An sich ist dieser Zustand verfassungswidrig. Er muss so rasch als möglich beseitigt werden.

Die Anerkennung der Erziehungs-, Familien- und Freiwilligenarbeit und die Berücksichtigung dieser Qualifizierung beim Wiedereinstieg ins Erwerbsleben sind für die Eltern von zentraler Bedeutung. Es gibt Modelle, welche die Qualifikationen, die eine Person in ausserberuflichen Bereichen erwirbt, bei einer Anstellung berücksichtigen.

Unterstützung für die Grosseltern

Der Wandel der Gesellschaft und der Wohnformen führt im Alter zunehmend zu einer Diskriminierung beim Rentenbezug. Verheiratete Paare erhalten nach wie vor nur 150% AHV-Rente, unverheiratete Paare im Rentenalter jedoch 200%. Die aktuelle rein vom Zivilstand abhängige Ausgestaltung der AHV-Renten ist eine Diskriminierung der verschiedenen Lebensformen, welche sich nicht rechtfertigen lässt.

Schutz und Perspektiven für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche haben ein besonderes Recht auf körperliche Unversehrtheit, Schutz und Unterstützung. Ihr Schutz vor Gewalt im Alltag, auf dem Schulplatz und auf dem Schulweg ist vordringlich. Die Verkehrsicherheit muss sich an den Schwächsten – den Kindern – orientieren. Integrationsprogramme für Kinder ausländischer Herkunft sind ein vorrangiges Präventionsprogramm gegen Jugendgewalt. Die bessere Verankerung der Lehrlingsausbildung in der Verfassung und die Bevorzugung von Lehrstellenanbietern bei öffentlichen Aufträgen und den Steuern ist gerechtfertigt und im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit notwendig: Wenn bei der jüngsten Generation die Perspektiven für die Zukunft verloren gehen, dann wird der geltende Generationenvertrag am schnellsten brüchig!

SANS SOLIDARITÉS, PAS DE DIALOGUE ENTRE LES GÉNÉRATIONS!

Stéphane Rossini

Transformations des modes de vie, évolutions économiques et mutations démographiques amènent la société à repenser les liens entre les différentes catégories de population qui la composent. Les relations entre les générations ont une acuité particulière. D'une part, parce que cela concerne la société civile dans son ensemble et toutes les activités humaines; d'autre part, parce que les autorités se trouvent dans l'impérieuse nécessité d'intégrer les éléments de cette réflexion dans l'élaboration des politiques publiques, lesquelles sous-tendent la cohésion sociale et celle de la Nation.

Ainsi, considérons-nous que la place des uns et des autres est tantôt à redéfinir plus ou moins fondamentalement, tantôt à repositionner par de simples «(ré)ajustements», pour que les équilibres acquis se maintiennent et que de nouveaux puissent s'établir. A l'évidence, de la qualité des relations intergénérationnelles dépend la capacité de la société à structurer concrètement les solidarités. Formation et formation continue; marché du travail, chômage et retraite; loisirs et culture; maladie et invalidité ou structures familiales constituent les lieux privilégiés d'actes indispensables à la revalorisation des relations intergénérationnelles. Autant d'espaces au sein desquels nous incombe la responsabilité d'agir.

Les solidarités existent!

D'emblée, postulons que les solidarités entre les différentes catégories d'âges existent et qu'elles sont susceptibles de perdurer. Enfants – parents – grands-parents; jeunes en formation – actifs – travailleurs âgés liés par l'économie, ses modes de fonctionnement, ses règles; actifs et retraités associés pour financer l'AVS; jeunes et adultes en bonne santé et personnes âgées sollicitant proportionnellement davantage le système de santé, mais étroitement réunis à travers un financement égal de l'assurance-maladie; familles solidaires dans le soutien aux enfants ou aux parents et grands-parents constituent le quotidien.

Si jeunes et personnes âgées ont certainement une image parfois éloignée de la réalité vécue par l'autre catégorie de population, si les malentendus peuvent

survenir, généralement les représentations sociales des uns et des autres permettent encore l'optimisme. La nécessité d'une solidarité n'est, a priori, pas reconsidérée fondamentalement. Néanmoins, tout reste à faire pour que les échanges, l'information, la communication se passent. Les passerelles ne vont pas de soi. Elles se travaillent, se construisent, s'entretiennent. Car on ne saurait sous-estimer les risques de conflits potentiels, par divergences d'intérêts, par positionnement différencié sur les valeurs de la société. Des phénomènes de ségrégation entre les génération voient d'ailleurs le jour. Une attention spécifique et une lecture rigoureuse de la réalité s'imposent¹.

D'autant plus que, politiquement, la récupération guette et les attaques frontales sévissent. Les positions et confrontations idéologiques apparaissent fréquemment sans nuance, fondées sur le «sens commun», en raison d'une prétendue connaissance des faits. Ce qui donne au débat une extravagance marginalisant de manière dommageable les êtres humains qui sont derrière les propos et les décisions. Pour preuves ces «jeunes qui se complaisent à ne rien entreprendre» ou ces «rentiers qui voyagent dans nos trains en 1^{ère} classe»...

Clichés dangereux!

Depuis quelques années, de multiples clichés sont véhiculés sur la scène politique, plus particulièrement en matière de protection sociale des personnes âgées. L'interprétation abusive faite par les partis bourgeois des résultats du programme national de recherche 32 *Vieillesse* laisse croire à l'existence d'un «rentier moyen» en bonne situation économique et en bon état de santé. Conséquences: alors que les révisions de l'AVS et de l'assurance-maladie s'ébauchent péniblement, certains sèment le doute. Sans craindre l'outrecuidance de formuler les propositions d'une élévation de l'âge de la retraite à 67 ans et de rétablir des cotisations d'assurance-maladie en fonction de l'âge (donc du risque). On propose par ailleurs une réduction des prestations de l'assurance sociale et un transfert vers les complémentaires privées, le tout sur fond de concurrence et de responsabilité individuelle. Les personnes âgées seront les premières à payer le prix fort du rationnement des soins et de l'accroissement des charges sur les ménages. On ne choisit pas d'être vieux. C'est une victoire de la société. Pourquoi pénaliser celles et ceux qui le vivent?

Dans les deux cas de l'AVS et de la LAMal, la solidarité est clairement reconsidérée par exacerbation des clivages. L'autorité, garante de la cohésion, se plaît à la lézarder.

Et la précarité?

Alors que l'AVS ne répond toujours pas au but constitutionnel de couverture des besoins vitaux, que l'on renforce l'humiliante assistance par les prestations complémentaires, que l'on entreprend de réduire les rentes de veuves sans vouloir une flexibilisation socialement acceptable, ces propositions peuvent à juste titre être considérées comme révoltantes. La retraite à 70 ans, c'est plus simple que de raisonner avec une vision globale de la politique de la vieillesse. Si le vieillissement est une réalité à ne pas sous-estimer, la démographie ne saurait être le seul angle d'analyse. On navigue avec des œillères.

Que dire du marché du travail, qui exclut les employés à partir de 55 ans? Des lacunes en matière de reconversion professionnelle et de formation continue? De l'augmentation de la productivité et de ses effets positifs? De la mortalité prématurée et de l'invalidité selon les catégories socio-professionnelles? Pourquoi exclure d'emblée une réflexion sur la recomposition des équilibres entre les Trois piliers? Ne serait-il pas utile d'apprécier, à l'horizon 2020, comment établir de nouveaux liens entre les régimes AVS et LPP? Pourquoi persévérer dans le jeu du catastrophisme, alors que le Conseil national avait trouvé une solution acceptable jusqu'en 2015, avant que les solutions finalement «radicales» du Parlement n'aboutissent à un rejet par le Peuple?

La pauvreté des personnes âgées a été fortement réduite grâce essentiellement au système de protection sociale. La précarité perdure cependant. Majoritairement, les rentiers sont modestes. La moitié ne dispose que des prestations de l'AVS pour vivre. C'est peu. Entre un quart et un tiers des ayants droit aux prestations complémentaires ne formulent pas de requête. En général, ils refusent la logique de l'assistance, qui stigmatise. A trop «cibler», on favorise l'exclusion!

Discours et réalité

Méfions-nous des discours tapageurs. Beaucoup se donnent aujourd'hui bonne conscience en vantant les mérites des «contrats intergénérationnels». Mais, quid de nos choix politiques? Car, ce sont eux qui constituent concrètement les contrats de solidarité qui se font, se défont, se refont dans l'espace démocratique. Et puis, les contrats intergénérationnels ne concernent pas uniquement les politiques sanitaires et sociales. Il faut le rappeler. La solidarité s'exerce aussi dans le domaine du travail et de la formation, dans celui de la culture ou

des loisirs, dans les politiques des transports ou du logement, dans les relations familiales, dans la participation politique ou associative, etc².

Enfin, la solidarité intergénérationnelle se voit majoritairement des jeunes vers les anciens. Elle devra pourtant s'exprimer également des anciens vers les plus jeunes. L'impression existe parfois qu'entre les générations, la solidarité fonctionne à sens unique, en faveur des personnes âgées, tant les enjeux financiers de l'AVS ou de l'assurance-maladie sont grands et devenus prioritaires pour les autorités. Les travailleurs âgés sont à la peine? Les jeunes sont aussi nombreux au chômage, ce qui est peut-être plus grave!

En politique, le «donnant-donnant intergénérationnel» aura de plus en plus d'importance. Il fera sans aucun doute l'objet de rudes négociations et de stratégies politiques. Il faut s'y préparer, de part et d'autre!

1 Voir: Fragnière J-P., *Les relations entre les générations*, Réalités sociales, Lausanne, 2004

2 Voir aussi le numéro spécial de la revue Famille & Société, *Relations entre les générations: tout un programme...*, Office fédéral des assurances sociales, Questions familiales, No. 4, septembre 2004

DIE VIER-GENERATIONEN-GESELLSCHAFT MACHT ANPASSUNGEN NÖTIG

Guido Schommer

Das Verhältnis zwischen den Generationen spielt eine wichtige Rolle für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Gegensätze zwischen Jung und Alt dürfen aus diesem Grund nicht verschärft werden. Vielmehr muss die zunehmende Individualisierung des Lebens in Einklang gebracht werden mit den Anforderungen an die Gesellschaft wie Arbeit, Aktivitäten, Beitragszahlungen usw.

Der Lebensmodus des Bevölkerungsteils im «Ruhestand» hat sich in den vergangenen Jahrzehnten massgeblich verändert. Aus diesem Grund kann Seniorenpolitik nicht mehr isoliert betrachtet werden. Während man früher von einer Aufteilung in die drei Lebensabschnitte Jugend/Ausbildung, Berufstätigkeit und Ruhestand ausging, lebt man heute vielmehr in einer «Vier-Generationen-Gesellschaft». Diese unterscheidet sich vom bisherigen Modell darin, dass der «Ruhestand», also der Lebensabschnitt nach dem Erreichen des Pensionsalters, in eine aktive und eine passive Phase unterteilt wird. Im Rahmen der aktiven Phase wollen die älteren Menschen an der Gesellschaft und deren Entwicklung teilhaben. Sie gehen ehrenamtlich oder teilweise auch entlohnten Beschäftigungen nach, sie reisen, sind politisch und kulturell interessiert oder gar engagiert. Aufgrund dieses laufend grösser werdenden Bevölkerungsteils im «aktiven Ruhestand» intensiviert sich der Dialog zwischen Jung und Alt, respektive Erwerbstätigen und Senioren. Aus den veränderten Strukturen resultieren aber auch Konflikte. So zum Beispiel, wenn ein grosser Bevölkerungsteil von politisch partizipierenden Seniorinnen und Senioren Reformen zu Gunsten der Anliegen der jungen Generation in Volksabstimmungen blockiert. Um solche Konflikte zu vermeiden, müssen tragbare Lösungen für alle Altersschichten ausgearbeitet werden. Der pure Dialog reicht da nicht aus. Es müssen Eingeständnisse gemacht werden sowohl von Jung wie von Alt. Nur so bleibt das Gleichgewicht unserer Gesellschaft sowie unseres Wirtschaftssystems langfristig gewahrt.

Lösungsfindung und Kompromissfähigkeit sind vor allem bei der Sicherung der Altersvorsorge vonnöten. Das heisst, dass nebst einer Stärkung der individuellen Vorsorge im Rahmen der zweiten und dritten Säule die auf dem Umlageverfahren beruhende erste Säule konsolidiert werden muss. Diese Kon-

solidierung bringt in jedem Fall Konsequenzen mit sich. So dürften die Beiträge für die erwerbstätige Generation nur dann erhöht werden, wenn sie mit einer entsprechenden Anpassung der Versicherungsleistungen für die Pensionierten einhergehen würden. Auch bei einer generellen Erhöhung des Rentenalters wäre in erster Linie die heute beruflich aktive Generation betroffen, da diese die Versicherungsleistungen für die Senioren finanzieren müsste.

In beiden Fällen heisst das also, dass die erwerbstätige Generation Beiträge zugunsten der materiellen Sicherheit der älteren Generation leistet. Im Gegenzug sollten Seniorinnen und Senioren vermehrt an gemeinnützigen Aktivitäten zu Gunsten der jüngeren Generation teilnehmen. Es gibt zum Beispiel Versuchsprojekte in Schulen, in welchen Pensionierte als «Teamteacher» in den Schulstunden oder während Mittagstischen anwesend sind. Auf diese Weise helfen sie mit, die Rahmenbedingungen für berufstätige Familien mit Kindern zu erleichtern. Zudem wird mit solchen Modellen der Wissensaustausch sowohl zwischen Kindern und älteren Menschen, aber auch zwischen Erwachsenen (Lehrern, Betreuern, usw.) und Senioren gefördert.

Aber auch beim Generationendialog im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik muss der Fokus auf das gegenseitige Profitieren zwischen den Generationen gelegt werden. Der Wissensdurst und Tatendrang der jüngeren Generation soll mit der Arbeits- und Lebenserfahrung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gepaart werden. Nur so wird lebenslanges Lernen ermöglicht, und nur so wird vermieden, dass die ältere Generation den «Anschluss» an die fortschrittliche und technologisierte Gesellschaft verliert. Zudem wird die Kompromissbereitschaft der älteren Personen im Ruhestand sicherlich positiv beeinflusst, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Ende ihrer Berufstätigkeit nicht «diskriminiert» werden und bis zum Pensionsalter einer erfüllenden Tätigkeit mit angemessener Entlohnung nachgehen können.

In gesellschaftspolitischen Belangen muss der konstante Dialog zwischen der älteren und der jüngeren Generation unbedingt gefördert und aufrechterhalten werden. Ältere Leute dürfen nicht vereinsamen, sondern sollten möglichst lange aktiv an der Gesellschaft teilhaben können und sich in ihrem Umfeld geborgen fühlen. Ein Mensch soll auch im Ruhestand die Gewissheit haben, dass sein Wissen und seine Erfahrungen sowohl für seine Angehörigen als auch für die Gesellschaft von Bedeutung sind. Andererseits muss bezüglich der Lebensbedingungen in einer Gesellschaft darauf Rücksicht genommen werden, dass nicht jeder Mensch im gleichen Tempo funktioniert. Ältere Menschen benötigen im Alltagsleben oft mehr Zeit, um gewisse Tätigkeiten auszu-

führen – gegenseitige Toleranz ist hier das Stichwort. Damit die ältere Generation integriert wird, sind physische und psychische Hindernisse zu beseitigen.

Der freie Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln muss gewährleistet sein. Nur so kann auch betagten Menschen das tägliche Leben erleichtert werden. Dazu gehört es, auch Gemeinden, Seniorenorganisationen und Altersheime zu sensibilisieren und zur Prüfung neuer Angebotsmodelle anzuregen. Parallel müssen die Gemeinden und Organisationen vermehrt auf ihre bereits bestehenden Angebote aufmerksam machen und diese verbessern. Nicht zuletzt sind im Bereich der physischen Hindernisse bauliche Massnahmen, welche es den älteren Menschen ermöglichen, länger in der eigenen Wohnung zu bleiben und ihren Haushalt selbständig zu führen, rasch vorzunehmen. Dabei gilt es, bürokratische und gesetzliche Hindernisse zu beseitigen, damit neue Wohnformen wie Alterswohngemeinschaften, Alterswohnungen mit externer Pflege etc. vermehrt gewählt werden.

Wie bereits erwähnt, sind die psychischen Hindernisse bei allen physischen Massnahmen aber nicht zu unterschätzen. So kann zum Beispiel durch ein Angebot an spezifischen Kursen für ältere Leute im Bereich der Informatik und der Benutzung des Internets eine «digitale Spaltung» zwischen Jung und Alt vermieden werden. Es wird dem Dialog zwischen Alt und Jung aber auch mehr Beachtung geschenkt, wenn das Bildungswesen allgemein mit generationengerechten Angeboten bereichert und der Wissensaustausch gefördert wird.

Der Generationendialog heute und morgen, wie auch die Generationen übergreifende Solidarität funktioniert nur dann, wenn man die verschiedenen Phasen eines Menschenlebens integrativ und umfassend betrachtet. Der Erfahrungsaustausch, die gegenseitige Unterstützung und das gemeinsame Lösen von Problemen zwischen Jung und Alt sind dafür die Voraussetzung und der einzige Weg, eine Alterspolitik zu betreiben, welche die Menschen jeden Alters berücksichtigt und die verschiedenen Generationen miteinander verbindet.



